

Konjunkturprogramme

In der Krise wirken sie

Angesichts der tiefen Wirtschaftskrise haben Regierungen weltweit in den vergangenen beiden Jahren staatliche Stützungsmaßnahmen für die Wirtschaft ergriffen. Aktuelle Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Konjunkturprogramme die Wirtschaft nachhaltig belebt haben. Für die Europäische Union wird für 2009 und 2010 von einem bis zu 1 Prozent höheren Bruttoinlandsprodukt gegenüber einem Szenario ohne expansive Fiskalpolitik ausgegangen. Hierzulande dürfte das BIP allein im Jahr 2010 zwischen 1 und 1,5 Prozent höher ausfallen als ohne Konjunkturprogramme.

Vorwürfe, Deutschland stütze die internationale Konjunktur zu wenig, sind schon von daher aus der Luft gegriffen. Außerdem hat die Bundesregierung EU-weit gesehen eines der größten Konjunkturprogramme aufgelegt. Das Paket aus Steuersenkungen, Unternehmenshilfen und Infrastrukturmaßnahmen belief sich 2009 und 2010 auf insgesamt 4,1 Prozent des BIP. Im Schnitt hat die EU-27 in den beiden Jahren lediglich jeweils 1 ½ Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Konjunkturprogramme ausgegeben.

Ralph Brügelmann: Die Wirkung von Konjunkturprogrammen, in: IW-Trends 4/2010

Gesprächspartner im IW: **Ralph Brügelmann, Telefon: 030 27877-102**

Konjunkturprogramme

Deutschland hat sehr viel getan

Die weltweite Wirtschaftskrise hat eine Renaissance der Konjunkturprogramme ausgelöst. Die EU-Staaten haben in den Jahren 2009 und 2010 jeweils rund 1½ Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zur Stimulierung der Wirtschaft aufgewendet – in vielen Fällen mit Erfolg. Dies war in der Vergangenheit bei Konjunkturprogrammen selten der Fall.*)

Wenn die Wirtschaft schwächelt, fordern zahlreiche Politiker und Ökonomen gleichsam reflexartig staatliche Hilfen – in Form von Steuersenkungen oder Ausgabenprogrammen. Dabei sind Konjunkturprogramme selten notwendig, selten erfolgreich und manchmal sogar schädlich. Sie können nämlich nur vorübergehend private Nachfrage ersetzen und so die Produktionskapazitäten einer Volkswirtschaft stärker auslasten. Ein dauerhaft höheres Wirtschaftswachstum ist mit den staatlichen Eingriffen nicht zu erreichen – das zeigt die Erfahrung.

Deshalb kommt es beim Einsatz von Konjunkturprogrammen zunächst auf die Ausgangssituation an. Besonders wirksam sind sie bei einem plötzlichen Einbruch der Nachfrage. Eher gering ist ihre Wirksamkeit hingegen, wenn die Exporte wegbrechen: Ein Infrastrukturprogramm etwa hilft dem Maschinenbau wenig.

Der Staat muss überdies gar nicht unbedingt eingreifen, wenn der Wirtschaftsmotor stottert. Denn zunächst wirken die sogenannten automatischen Stabilisatoren. So steigt in der Krise die Summe der Sozialleistungen – z. B. das Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld. Das stabilisiert den Konsum weitgehend.

In Deutschland, das über ein dicht geknüpftes soziales Netz verfügt, besteht daher nur bei wirklich schwerwiegenden Rezessionen ein Bedarf an Konjunkturprogrammen, ansonsten reichen die automatischen Stabilisatoren aus.

In der zurückliegenden Finanz- und Wirtschaftskrise war die Nachfrage jedoch weltweit so stark eingebrochen, dass ohne staatliche Eingriffe vielerorts

nichts mehr ging. Deshalb hat der Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs im Dezember 2008 für die Europäische Union ein Konjunkturprogramm in Höhe von 200 Milliarden Euro beschlossen. Davon trugen die Mitgliedsstaaten insgesamt 170 Milliarden Euro.

Konjunkturprogramme in der EU

Von den jeweiligen Regierungen beschlossene Konjunkturpakete, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Jahre

	2009	2010
Griechenland	0,6	0,0
Litauen	0,0	0,0
Lettland	1,5	0,1
Rumänien	0,2	0,3
Slowakei	0,4	0,5
Vereinigtes Königreich	1,9	0,5
Portugal	1,1	0,6
Spanien	2,4	0,8
Italien	0,8	0,8
Bulgarien	0,3	1,0
Irland	0,7	1,0
Niederlande	0,9	1,0
Belgien	1,1	1,1
Malta	0,7	1,1
Tschechien	2,3	1,2
Estland	0,0	1,2
Frankreich	1,6	1,4
Dänemark	0,7	1,5
Österreich	1,5	1,8
Slowenien	1,5	1,8
Ungarn	0,5	2,1
Luxemburg	3,4	2,2
Deutschland	1,7	2,4
Zypern	2,7	2,4
Finnland	1,6	2,7
Schweden	1,7	2,7
Polen	1,6	3,2

© 2010 IW Medien - Iwd 51/52

Ursprungsdaten: EU

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Weitere 30 Milliarden Euro wurden von der Europäischen Investitionsbank aufgebracht.

Hinsichtlich der Ausgestaltung machte der Rat keine Vorgaben. Jeder Staat konnte selbst entscheiden, was er tun wollte – seine Ausgaben erhöhen, Steuern oder Sozialbeiträge senken, Unternehmen subventionieren.

In der Folge wurden EU-weit 2009 und 2010 jeweils rund 1½ Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Konjunkturprogramme aufgewendet. In Deutschland allein beliefen sich die Ausgaben 2009 und 2010 auf zusammen stolze 4,1 Prozent des BIP (Grafik). Das bedeutet:

Deutschland hat trotz seiner starken automatischen Stabilisatoren im internationalen Vergleich eines der größten Konjunkturprogramme aufgelegt.

Daher sind Vorwürfe aus dem Ausland, Deutschland stütze die internationale Konjunktur zu wenig, völlig aus der Luft gegriffen.

Auch andere EU-Staaten gingen in die Vollen: Spanien hat seine öffentlichen Investitionen um mehr als 3 Prozent des BIP ausgeweitet. Das französische Konjunkturprogramm war zunächst auf ein Volumen von 1,5 Prozent des BIP ausgelegt, wurde dann aber verdoppelt.

Die staatlichen Aktivitäten haben sich letztlich ausgezahlt: Empirische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass 2009 und 2010 das Bruttoinlandsprodukt in Europa zwischen 0,5 und 1 Prozent höher ausgefallen ist, als es ohne Konjunkturprogramme der Fall gewesen wäre. Allein Deutschland hat mithilfe des staatlichen Engagements bis zu 1,4 Prozent mehr erwirtschaftet. Die sehr guten Wachstumsprognosen für 2010 und 2011 bestätigen diese Einschätzung.

Allerdings muss ab dem Jahr 2011 mit der Konsolidierung der durch die Konjunkturprogramme entstandenen Staatsschulden begonnen werden, um das künftige Wachstum nicht zu beeinträchtigen.

*) Vgl. Ralph Brügelmann: Die Wirkung von Konjunkturprogrammen, in: IW-Trends 4/2010